„Großer Sklavenmarkt"

Politik – Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke diskutiert mit Fachleuten über das neue Prostitutionsgesetz

REUTLINGEN. Laut »Focus« zählt Reutlingen zu den Prostitutionshochburgen in Deutschland. Rund 220 Frauen sollen in dem Gewerbe arbeiten, schätzt das Magazin. Die Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke (Grüne) informierte sich danach bei der Reutlinger Polizei und erhielt dort die Zahl von 70 bis 80 Frauen. »Ich weiß nicht, wie es zu diesem Widerspruch kommt«, sagt sie. Was die Polizei ihr aber zusätzlich bestätigte: Auch in Reutlingen sind 90 Prozent der Prostituierten keine Deutschen.

Im Juli sollte das neue »Gesetz zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen« in Kraft treten, doch viele Bundesländer, die es nun umsetzen sollen, sind noch nicht so weit. Das Gesetz hat das Ziel, »Sexarbeiterinnen« vor Zwang und Ausbeutung zu schützen. Doch es gibt viele Skeptiker und Kritiker, auf allen Seiten.

Auch Müller-Gemmeke war »nicht glücklich mit der Debatte zum Gesetzentwurf« im Bundestag. Als Feministin könne sie die Arbeit im Prostitutionsgewerbe nicht »als normalen Beruf« sehen. Außerdem gebe es einen »schlimmen Graubereich«. Menschenhandel sei ein Thema. Dass Frauen, die keine Perspektive in ihrem Leben sehen, dann »diesen Weg gehen, das ist extrem schlimm«. Das gehe unter die Haut.

Die Bundestagsabgeordnete suchte deshalb in ihrem Reutlinger Büro das Fachgespräch, um weitere Meinungen zu dem neuen Prostitutionsgesetz zu hören. Eine Gesprächspartnerin war Sabine Constabel von »Sisters«, einem Verein mit Sitz in Stuttgart, der Frauen hilft, aus der Prostitution auszusteigen.

Derzeit gebe es den »größten Sklavenmarkt in der Geschichte Deutschlands«, wird Constabel deutlich. Neunzig Prozent der Prostituierten kämen aus dem Ausland, meist aus armen Ländern wie Bulgarien, Rumänien oder Ungarn. Sie kritisierte das falsche Bild, das hier noch herrsche. Nicht die deutsche Frau aus dem Mittelstand gehe der Prostitution nach, sondern beispielsweise 18-jährige Frauen aus Rumänien. Dass man diese nun als Sexarbeiterinnen bezeichne, bagatellisierte die Lage, in der sich diese Frauen befänden.

Viele dieser Frauen seien Gewalt ausgesetzt, seien Vergewaltigungsopfer und erlitten dabei posttraumatische Belastungsstörungen, die mit Opfern aus Kriegsgebieten vergleichbar seien. Diese Frauen gingen psychisch und physisch zugrunde.

Ein weiterer Gesprächspartner Müller-Gemmekes war der evangelische Pfarrer Johannes Eißler aus Eningen. Er ist, wie Constabel auch, dafür, dass das neue Gesetz noch einmal überarbeitet wird. Vorbild solle dabei das schwedische Modell sein, bei dem auch Freier bestraft werden, wenn sie zu Prostituierten gehen, also für Sex Geld bezahlen. Eissler bestätigte, dass auch der Sommerlandessynode in dieser Woche ein Antrag vorliege, der sich deutlich gegen Prostitution und Menschenhandel richte.

Er ist entsetzt, dass Sportvereine oder auch Abitursklassen mit Bussen zu den Bordellen auf den Fildern fahren würden, was Constabel bestätigte. Hier müsse man die Stimme erheben. Eissler spricht sich dafür aus, das Thema Prostitution auch in den Unterricht zu bringen und pädagogisch aufzuarbeiten, zum Beispiel im Fach Ethik.

Auch Monika Barz aus dem »Sisters«-Vorstand favorisiert das schwedische Modell. Sie fordert einen Paradigmenwechsel, »umdenken ist angesagt«. Auch für sie müsse die Freierbestrafung thematisiert werden, um die Nachfrage zu reduzieren.

Ähnlich sieht es Andrea Sieber vom Landesfrauenrat. Bei der Prostitution handele es sich um Gewalt an Frauen, um Menschenhandel. Doch nicht nur über die dramatischen Schicksale dieser Frauen müsse gesprochen werden, es gehe auch um das Thema Gleichberechtigung. Was sei denn dies für ein Frauenbild, wenn Männer für Geld den Körper einer Frau kaufen könnten. Frauen würden auf diese Weise entmenschlicht.

Falsch sei auch das Bild von Prostituierten, als selbstständig arbeitende Frauen, meint Constabel. In diesen Fall dürften sie doch nicht weisungsgebunden sein. Es könne nicht sein, dass Bordellbesitzer, denen die Prostituierten zudem hohe Mieten zahlen müssten, ihnen Arbeitszeit und (Nicht-)Kleidung vorschrieben. Auch müssten bei zuständigen Behörden sämtliche Alarmglocken läuten, wenn eine 18-Jährige, die kein Wort Deutsch spricht, in einem deutschen Bordell angeblich als Selbstständige arbeitet. Wie selbstbestimmt könne denn eine solche Frau leben?

In dem neuen Prostitutionsgesetz müsse viel deutlicher vorgegeben werden, was Zwang und was Ausbeutung sei, fordert Constabel. Sie spricht sich auch dafür aus, dass die Polizei viel mehr bei Aufstellung und Umsetzung des Gesetzes involviert werden müsse. (GEA)